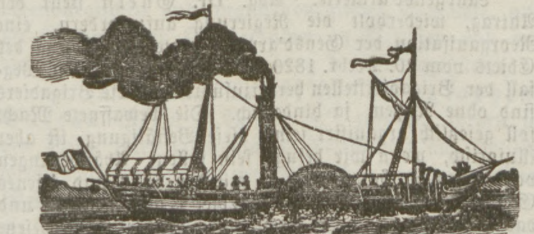
Danziger Dampfboot.

№ 123. **1865.**



Montag, den 29. Mai. **36ster Jahrgang.**

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint
täglich Nachmittags 5 Uhr,
mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition
Portechaisengasse Nr. 5.
wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten
pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.,
werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Büreau.
In Leipzig: Illgen & Fort. H. Engler's Annonc.-Büreau.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Büreau.
In Hamburg, Frankf. a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Dresden, Sonnabend 27. Mai.

Das „Dresdener Journal“ veröffentlicht einen Brief des Königs an den Justizminister, in welchem aus Anlaß der Geburt eines Prinzen für alle politischen Verbrechen aus dem Jahre 1849 volle Amnestie unter unbeschränkter Wiederherstellung der politischen Ehrenrechte angeordnet wird.

Köln, Sonnabend 27. Mai.

Lord Granville hat den Oberst Scott zum Repräsentanten Englands bei der Kölner internationalen Ausstellung ernannt.

— Die heutige Generalversammlung der Aktionäre der Rheinischen Eisenbahn hat eine Dividende von $6\frac{1}{4}$ % festgesetzt und die Anträge der Direktion genehmigt. Unter den letzteren befindet sich der auf Bau der rechtsrheinischen Bahn von Deutz nach Ehrenbreitenstein.

Brüssel, Sonntag 28. Mai.

Hier eingetroffene Nachrichten aus Mexiko melden, daß die Juaristen die belgische Legion überfallen und 300 Mann, worunter 5 Offiziere, getödtet oder gefangen genommen haben. Unter den Todten befindet sich der Sohn des belgischen Kriegsministers.

Paris, Sonnabend 27. Mai.

Der „Moniteur“ publicirt folgenden Brief des Kaisers an den Prinzen Napoleon:

„Monsieur und sehr lieber Vetter! Ich kann nicht umhin, Ihnen den peinlichen durch Ihre in Ajaccio gehaltene Rede hervorgerufenen Eindruck auszusprechen. Als ich Sie bei der Kaiserin und dem Prinzen als Vicepräsidenten des Geheimraths zurückließ, hoffte ich, als einen Beweis Ihrer Freundschaft und Ihres Vertrauens, daß Ihre Anwesenheit, Ihr Verhalten und Ihre Reden bezeugen würden, daß in unserer Familie Einheit herrsche. Daß von Ihnen der Aegide des Kaisers Napoleon unterstellte politische Programm ist aber nur geeignet, den Feinden meiner Regierung zu dienen. Ihren Beurtheilungen, welche ich nicht billigen kann, fügen Sie Gefühle des Hasses und des Grolles hinzu, die unserer Zeit nicht mehr angehören. Um die Ideen des Kaisers auf die Gegenwart anzuwenden, muß man die herben Prüfungen der Verantwortlichkeit für die Macht durchgemacht haben. Wir Pygmäen sind unfähig, die große geschichtliche Gestalt Napoleons in ihrem wahren Werthe zu würdigen. Wie vor einer kolossalen Bildsäule sind wir unfähig, die Gesammtgestalt mit einem einzigen Blicke zu umfassen und sehen immer nur die uns zugewendete Seite. Dies erklärt die Unzulänglichkeit, den Eindruck wiederzugeben; dies erklärt die Verschiedenheit der Auffassung. Uns Allen aber ist es klar, daß, um die Anarchie der Geister zu verhindern, Napoleon in seine Familie und seine Regierung jene strenge Zucht einführte, welche nur einen Willen, nur eine Handlung zuließ, was auch für mein Handeln die Richtschnur bleiben wird.“

— Die „Presse“ veröffentlicht folgenden Brief des Prinzen Napoleon an den Kaiser:

Sire! In Folge des Briefes Ew. Majestät vom 23. Mai und der Veröffentlichung desselben durch den „Moniteur“ gebe ich meine Demission als Vicepräsident des geheimen Rathes und als Präsident der Kommission für die Ausstellung im Jahre 1867. Genehmigen Sie, Sire, den Ausdruck meiner tiefen und ehrfurchtsvollen Anhänglichkeit, womit ich bin Ew. Majestät sehr ergebener Vetter

Napoleon.

London, Sonnabend 27. Mai.

[Unterhaus.] Auf eine Interpellation des Mr. Palsh in der letzten Sitzung erwiderte Lord Palmerston: Die Correspondenz der Regierung mit den Vereinigten Staaten in Betreff der südstaatlichen Kreuzer dauere fort. Erst kürzlich sei eine neue Depesche eingelaufen, die Correspondenz sei von beiden Seiten in höchst freundschaftlichem Tone gehalten. Auf eine andere Interpellation von Mr. Baxter erwiderte Lord Palmerston: Das Zusammenwirken Englands und der nordamerikanischen Union gegen den Sklavenhandel sei zeither durch den Bürgerkrieg gehindert worden, werde aber hoffentlich ehestens wieder eintreten.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

56. Sitzung am 26. Mai.

Die Tribünen sind schwach besetzt. — Am Ministertische: Minister-Präsident v. Bismarck, Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten v. Selchow, Minister des Innern Graf Eulenburg und mehrere Regierungs-Commissarien.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung und theilt unter Anderem dem Hause mit, daß wiederum verschiedene Urlaubsgesuche eingegangen seien, daß er aber mit Rücksicht auf die Menge der schon erfolgten Urlaubsbewilligungen dieselben dem Hause nicht empfehlen könne.

Nachdem auch der Abg. Kosch sich dahin ausgesprochen, daß man in Zukunft die Gesuche strenger prüfen müsse, wird der Urlaub für diesmal noch bewilligt.

Es folgt nunmehr der erste Punkt der Tagesordnung: Die Interpellation der Abgg. Dr. v. Bunsen und Overweg, welche lautet: „Der Herr Handelsminister zählte in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses diejenigen Staaten auf, mit denen Unterhandlungen wegen Abschlusses von Zoll- und Handelsverträgen im Gange seien oder bevorstehen. Des Königreichs Italien geschah hierbei keine Erwähnung. In Folge dessen richten wir an die Königliche Staatsregierung die Anfrage: „Ob wegen eines Handelsvertrages zwischen Preußen und dem Zollverein einerseits und dem Königreich Italien verhandelt wird?“ Wenn dieses verneint werden muß, fragen wir weiter: „An wem liegt die Schuld, daß eine für die Industrie und den Handel unseres Vaterlandes so wichtige Angelegenheit noch immer nicht gefördert und zum Abschlusse gebracht wird?“

Da der Herr Minister-Präsident sich bereit erklärt, die Interpellation sofort zu beantworten, erhält zur Begründung derselben das Wort:

Abg. v. Bunsen: Der deutschen und speciell preußischen Industrie ist es gelungen, auf dem italienischen Markte eine nicht unbedeutende Stellung zu erringen. Während nun durch den französischen Handelsvertrag dem Handel mit diesem Lande eine Menge Vergünstigungen gewährt sind, ist der Handel mit Italien bisher ganz außer Acht gelassen worden, und der Herr Handelsminister hat bei der kürzlich erfolgten Aufzählung derjenigen Staaten, mit denen Unterhandlungen wegen Abschlusses von Handelsverträgen im Gange sind, Italien nicht erwähnt. Der Grund kann in nichts Anderem liegen, als in dynastischen Interessen, aus dem man sich scheut, mit Rücksicht auf Oesterreich, mit Italien in Unterhandlung zu treten; aus diesem Grunde benachtheiligt man die Interessen des Handels und verschließt den italienischen Markt. Wenn sich nun auch einzelne Zollvereins-Regierungen noch scheuen sollten, den König von Italien anzuerkennen, so könnte doch bis auf Weiteres nichts im Wege stehen, daß Preußen allein die Verhandlungen beginnt.

Minister-Präsident v. Bismarck: Die in der Interpellation enthaltene Frage kann ich allerdings nicht direct bejahen, da keine Verhandlungen zwischen dem Zollverein und Italien, aber zwischen Preußen und Italien einerseits, Preußen und den Zollvereinsstaaten andererseits stattfinden. Der Herr Handelsminister hat wohl deshalb bei seiner Aufzählung Italien ausgelassen, weil sich die Verhandlungen noch in den politischen Vorfragen befinden. Die Regierung hat aber Verhandlungen angeknüpft, um dem üblen Stande des Handels mit Italien ein Ende zu machen. Ein Hinderniß des Abschlusses ist es aber bis jetzt gewesen, daß die Mehrzahl der Zollregierungen Italien nicht anerkannt hat. Es giebt nun allerdings noch den andern Weg, daß Italien mit Preußen allein einen Vertrag abschließt, worin es sämmtlichen Vereinsstaaten gewisse Vortheile zusagt. Diesen Weg haben wir eingeschlagen, und die Verhandlungen haben constatirt, daß Italien gern und sofort bereit ist, einen Vertrag abzuschließen, aber in Rücksicht auf seine Würde und politischen Interessen vorher die Anerkennung des Königreichs Italien verlangt. Wir verhandeln deshalb augenblicklich mit den Zollvereins-Regierungen; von dem Resultat dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob und in wie kurzer Zeit die Regierung im Stande sein wird, die Nachtheile des deutschen Handels zu beseitigen. Preußen und Italien sind jederzeit bereit dazu, und es sind keineswegs dynastische Interessen, welche die Königliche Staatsregierung von dem Abschluß des Handelsvertrages abhalten.

Man tritt darauf in den zweiten Punkt der Tagesordnung ein: Bericht der Commission zur Prüfung des Staatshaushaltsetats über den Etat des Ministeriums des Innern für das Jahr 1865.

Referent ist der Abgeordnete Klotz.

Zu Antrag 1 der Commission: Die Einnahmen nach dem von der Regierung vorgelegten Etat festzusetzen, erhält das Wort der Abg. Schmidt-Randow, der auf die Nothwendigkeit der Beseitigung der Päffe verweist, die ein Uebel, aber kein nothwendiges sind.

Der Antrag 1 wird darauf mit großer Majorität angenommen.

Zu Antrag 2: „Bei Titel 1. 2200 Thlr. als Gehalt eines vortragenden Rathes zu streichen“, ergreift das Wort der Minister des Innern Graf Eulenburg:

Ich bitte Sie, m. H., diesem Antrage nicht beizutreten; ich will mich bemühen, die Dringlichkeit dieser Stelle mehr, als bisher geschehen, nachzuweisen. Seit Einführung der Verfassung haben sich natürlich die Geschäfte der Ministerien bedeutend vermehrt. Das heilsame und anzuerkennende Bestreben des Landtages, auf die Verwaltung einzuwirken und dieselbe anzuregen, erfordert natürlich einen größeren Aufwand von Zeit und Kräften von Seiten der Ministerien, da sich dieselben Mühe geben müssen, mehr als früher gründlich und sauber (Heiterkeit) zu arbeiten, um ihre Verfügungen der Oeffentlichkeit übergeben zu können. (Hört, hört!) Bei einem eintretenden Systemwechsel nun kann man doch einem Rathe, der bis dahin getreu der bis dahin herrschenden Ansicht gemäß gearbeitet, nicht zumuthen, im entgegengesetzten Sinne thätig zu sein. Es müssen sich deshalb die neuen Decernenten erst hineinarbeiten, ehe sie definitiv angestellt werden können. Im Jahre 1859 fühlte sich deshalb das Ministerium des Innern bewogen, beim Könige auf die Creirung einer neuen Stelle anzutragen; um so mehr, als es seit der Zeit nöthig gewesen, die geschäftliche Verwaltung des Ministeriums in zwei Abtheilungen zu theilen. Im Commissionsbericht wird nun angeführt, daß aus der bisherigen Nichtbesetzung der etatsmäßigen Stelle das Bedürfniß nicht constatirt werde; dem gegenüber muß ich bemerken, daß man die Stelle nicht eher definitiv besetzen kann, als bis ich die Würdigkeit, Zuverlässigkeit und Geschicklichkeit des Beamten erkannt habe und hierzu muß ich ihn erst länger beobachten. Binnen Kurzem soll übrigens die Stelle definitiv besetzt werden, und ich glaube, das Haus wird billig genug sein, die Frage rein sachlich anzusehen.

Abg. Twesten (für den Commissionsantrag): Die Sache liegt so, daß eine Rathsstelle, die früher provisorisch war, schon im vorigen Etat als künftig wegfallend bezeichnet gewesen ist. Trotzdem hat der Minister bei Sr. Majestät beantragt, die Stelle neu zu besetzen; dazu gehört aber auch die Genehmigung dieses Hauses (hört! hört!). Zu diesem Zwecke gehört aber der genaue Nachweis, warum das Ministerium diese Stelle für erforderlich hält. Sachliche Gründe dafür mögen vielleicht vorhanden sein. Die Stelle ist aber nicht besetzt gewesen, seitdem der Geh. Rath Jacobi in Folge einer Denunciation wegen

der Veröffentlichung eines Briefes (hört! hört!) aus derselben entfernt worden, und das sind bereits 1½ Jahre her. — Nun will der Herr Minister diese Stelle für die hoffentlich nicht mehr zu lange Zeit seiner Regierung definitiv besetzen. Die definitive Besetzung der Stelle durch einen Beamten, den der Herr Minister für brauchbar und zuverlässig in seinem Sinne erklärt, wünschen wir allerdings nicht; dazu genügt wohl ein Hilfsarbeiter. Dazu kommt, daß im Ministerium Beamte angestellt werden sollen, die Beaufsichtigung der Presse üben und Artikel für die Provinzial-Correspondenz und für die Amtsblätter schreiben müssen. Da nun der Nachfolger des Herrn Ministers jedenfalls von anderen Grundsätzen ausgehen wird, haben wir alle Ursache, die Stelle nicht etatsmäßig zu besetzen (Bravo). Anders dürfte es sich bei dem Antrage 3, wo es sich um die Besetzung von Subalternstellen handelt, wobei nur sachliche, aber nicht politische Bedenken in Betracht kommen.

Minister Graf zu Eulenburg: Ich bin schon zufrieden damit, daß der Herr Vorredner die sachliche Nothwendigkeit eingeräumt hat; er will also nur mir persönlich das Geld nicht bewilligen, da er den Wunsch meines baldigen Rücktrittes hegt; da muß ich denn doch zu bedenken geben, daß, je kürzere Zeit ich bleibe, desto länger mein Nachfolger in Verlegenheit sein wird.

Abg. v. Hoverbeck: Allerdings hoffen sehr Viele im Hause, daß die Zeit nicht mehr lang sein wird, die dieses Ministerium noch am Ruder bleibt; besetzen wir aber die Stelle jetzt definitiv, so werden wir den Inhaber, der jedenfans nach dem Sinne des Herrn Ministers sein wird, sehr lange nicht los. — Bei der nun folgenden Abstimmung wird Antrag 2 mit sehr großer Majorität angenommen; dagegen nur die Conservativen und einzelne Katholiken.

Die Commission beantragt ferner die Absetzung von 1900 Thlrn. für zwei neu zu begründende Subalternbeamtenstellen im Ministerium.

Abg. Twesten hält diesen Antrag bei der zweifellosen Zunahme der Geschäfte für nicht gerechtfertigt.

Der Regier.-Comm. tritt ebenfalls dem Antrage entgegen und bekämpft namentlich den für die Absetzung geltend gemachten Grund, bei dem jetzigen budgetlosen Zustande die Arbeiten durch Hilfsarbeiter schaffen zu lassen. — Mit geringer Majorität wird der Betrag von 1900 Thlrn. abgesetzt.

Statistisches Bureau: Abg. Schmidt (Randow): Man kann noch größere Anforderungen als bisher an dieses Bureau stellen. Es ist bedauerlich, daß wir in unseren Ministerien, mit Ausnahme des Handelsministeriums, keine statistischen Abtheilungen haben, wie z. B. in Frankreich. Hoffentlich werden später, wenn erst mehr Männer durch das statistische Seminar ausgebildet sein werden, die Regierungen in den Provinzen die statistischen Zwecke mehr fördern. Jährliche Berichte aus den Provinzen wären wünschenswerth und würden ein vortreffliches statistisches Material zur Verwerthung abgeben. Auch eine gute Karte des preußischen Staates ist ein dringendes Bedürfniß.

Meteorologisches Institut. Abg. Schmidt (Randow). Dies Institut ist sehr geachtet im Auslande, kann aber bei der geringen Dotirung seine Aufgabe nicht erfüllen. In Salzwedel mußte wegen Mangel an Instrumenten ein halbes Jahr lang die Beobachtung unterbrochen werden.

Landräthliche Behörden. Ohne Diskussion werden 408 Thlr. an persönlichen Besoldungszulagen der Landräthe abgesetzt, 2591 Thlr. aus demselben Fonds als künftig wegfallend bezeichnet.

Geheime Ausgaben im Interesse der Polizei. Die Ausgaben mit 35,000 Thlrn. sollen nach dem Antrage der Commission gestrichen werden.

Abg. Freiherr v. d. Heydt: Diese Summe ist für die Verwaltung ganz unentbehrlich und kein Vertrauensvotum. Keine Regierung kann dieser Fonds entbehren, und es ist nicht gewissenhaft, dieses Geld zu verweigern, weil dieses Ministerium am Ruder ist. Das ist ein Staatsstreich von unten.

Abg. Lasker: Herr Twesten hat die Nothwendigkeit einer Rathsstelle nicht constatirt, wie der Herr Minister vorhin behauptet hat.

Abg. v. Hennig: Erfahrungsmäßig sind die geheimen Fonds zu den schlechtesten Zwecken benutzt worden; ich erinnere an die Posen'sche Geschichte und Herrn v. Bärensprung, an den Polenprozeß. Geld zu Polizeispionen hergeben, ist nicht nothwendig; nur eine schlechte Regierung braucht solches Geld.

Abg. Freiherr v. d. Heydt: Ich habe nie über geheime Fonds disponirt, auch nicht Kenntniß von deren Verwendung gehabt.

Der Minister: Herr v. Hennig weiß nichts von der Verwendung.

Abg. v. Hennig: Natürlich; aber an den Früchten erkennen wir sie; ich erinnere nochmals an den Polenprozeß, den ich gern aus der preußischen Geschichte gestrichen sehen möchte.

Abg. v. Mitschke-Collande: Früher hat man die Nothwendigkeit eines geheimen Fonds auch von liberaler Seite, ja von Herrn v. Hennig, anerkannt. Das Haus hat die Aufgabe, den Verdacht im Lande von sich abzuwenden, als ob es absichtlich dem Zustandekommen des Budgets entgegentrete.

Abg. Freiherr v. Hoverbeck tritt dieser Aeußerung entgegen.

Abg. Dr. Waldeck: Im Bewilligen liegt kein Vertrauens-, sondern ein Mißtrauensvotum, Mißtrauen in die starke Stellung des Ministeriums. Das Vertrauen beschränkt sich ja auch nur auf den Minister des Innern, die anderen Minister wissen nichts von der Verwendung, wie Herr v. d. Heydt selbst bekannt hat. Verfährt das Herrenhaus wieder mit diesem Fonds, wie voriges Jahr, so spricht dies nicht gegen unser Votum, sondern gegen die Existenz des Herrenhauses.

Abg. v. Hennig: Herr v. Mitschke befindet sich im Irrthum; ich habe damals allerdings für die Bewilligung von 40,000 Thalern anstatt der 80,000 Thlr. gestimmt, aber in meiner Rede habe ich mich für die Streichung ausgesprochen. (Redner kommt auf den Majewski'schen Prozeß zurück.)

Abg. Freiherr v. d. Heydt: In jedem constitutionellen Staate werden die geheimen Fonds unweigerlich, wenn auch nicht immer im ganzen geforderten Betrage, bewilligt.

Abg. Frhr. v. Hoverbeck: In einem constitutionellen Lande werden wohl geheime Fonds bewilligt; Unsinn wäre es aber, wenn in einem constitutionellen Lande einem Ministerium geheime Fonds bewilligt würden, das der Majorität des Abgeordnetenhauses Feind ist.

Referent Abg. Kloß: Die Bewilligung der geheimen Fonds ist ein Vertrauensvotum im eminentesten Sinne des Wortes. Sehen wir die gegenwärtige Lage des Landes, so ist die Streichung der Summe nothwendig anzuempfehlen. Die Summe wird abgesetzt.

Landgensd'armerie. Abg. Dr. Gneist stellt den Antrag, wiederholt die Regierung aufzufordern, eine Reorganisation der Gensd'armerie unter Aufhebung des Edicts vom 20. Decbr. 1820 vorzunehmen und den Wegfall der Brigadierstellen herbeizuführen. Diese Brigadiers sind ohne Nutzen, ja hinderlich. Die bewaffnete Macht soll gesetzlich organisirt sein; diese Bestätigung ist aber illusorisch, wenn wir befugt sein sollen, Abänderungen vornehmen zu können, wie es mit den §§. 3 und 4 jenes Edicts beabsichtigt wird. Das Edict besteht gesetzlich und das Haus hat nicht das Recht, durch Budgetstriche Gesetze abzuändern; darum ist auch der Antrag der Commission, die Gehälter von vier Brigadiers zu streichen, nicht gerechtfertigt.

Abg. Techow: Die Ausführungen des Abg. Gneist wären an ihrer Stelle gewesen, wenn das Haus sich zum ersten Male mit der Frage beschäftigte. Der heutige Antrag ist aber nur eine Consequenz der früher gefaßten Beschlüsse. Die Regierung erkennt ja auch die Nothwendigkeit einer Reorganisation an; besetzt sie immer und immer wieder erledigte Stellen, so erschwert sie die Reorganisation und das Haus kann nichts anderes thun, als die Fonds zu verweigern.

Der Reg.-Comm.: Die Besetzung der Brigadierstellen ist bei der gegenwärtigen Organisation eine Nothwendigkeit.

Freiherr v. d. Heydt: Der Antrag der Commission überschreitet das Maß der Zuverlässigen; ich theile im Uebrigen die Ansicht des Abg. Dr. Gneist. Die in Rede stehenden Stellen sind noch gesetzmäßig, die Krone kann sie also besetzen. Streicht die Landesvertretung die Gehälter, so ist dies nach meiner Ansicht ein Verfassungsbruch.

Freiherr v. Hoverbeck: Der Antrag des Abg. Gneist ist von dem Vorredner gelobt worden, Herr Gneist, der neue Erfinder hat seinen Lohn dahin. Die Theorie des Herrn Gneist ist eine höchst gefährliche; das Haus hat das Recht, Stellen zu streichen, sämmtliche Positionen des Etats nach seiner Ueberzeugung zu formen und das Budget zu genehmigen oder zu verwerfen. Das ist auch der Zweck des jährlich zu vereinbarenden Etats. Im Jahre 1861 ist der Wegfall der Brigadierstellen ausgesprochen, der Etat ist Gesetz, die Regierung hat also nicht mehr das Recht, die Stellen zu besetzen.

Abg. v. Seydlitz vertheidigt einen von ihm gestellten Zusatzantrag zu dem des Abg. Dr. Gneist.

Abg. v. Kirchmann: Die heute von Herrn Gneist entwickelte Theorie ist eine Consequenz der bei der Einnahme von demselben Herrn entwickelten Ansichten. Bei solchen Ansichten aber wird die Behandlung des Einnahme-Etats zu einer rein calculatorischen Arbeit herabgedrückt.

Abg. Blankenburg: Ich erkläre mich gegen den Antrag Gneist, weil ich ein Bedürfniß der Gensdarmerie-Reorganisation nicht anerkenne. Mit den Theorien des Herrn Gneist über das Budgetrecht bin ich einverstanden. Wir (Conservativen) meinen, daß ein Ministerium nur des Vertrauens S. M. des Königs bedarf und nicht desjenigen der Majorität des Hauses. Sie (nach links gewendet) haben nicht das Volk hinter sich, so wenig wie die Stadtverordneten von Stettin und Köln. Freilich eine Meinung ist rasch umgewandelt; aber ich warne Sie.

Abg. Techow: Geht das Ministerium und löst es uns auf, so wird es sich zeigen, ob wir das Land hinter uns haben. Wir kennen nicht das Verfassungsrecht des Dr. Gneist, sondern das von uns beschworene Verfassungsrecht. Gensd'armerie-Offiziere selbst halten die Brigadiers für reine Briefträger und durchaus entbehrlich.

Der Reg.-Comm.: Ob die Brigadiers später nothwendig bleiben, darüber schweben noch die Verhandlungen, jetzt sind ihnen ganz bestimmte Functionen, die andere Gensd'armerie-Offiziere nicht erfüllen können.

Abg. Gneist vertheidigt sich gegen die auf ihn gerichteten Angriffe: Ich würde ein untreuer Diener meines Berufes sein, wenn ich meine Ansichten verheimlichte; ich frage nicht darnach, wessen Lob oder Tadel ich mir damit verdiene.

Abg. Dr. Waldeck: Ich stelle die bona fides des Vorredners nicht in Zweifel, aber seine constitutionellen Theorien sind mir neu, sie sind nur eine Brücke zum Scheinconstitutionalismus und darum kann er den Beifall des Herrn von Blankenburg nicht ablehnen. Gegen den Commissions-Antrag erklärt sich noch der Abg. Stavenhagen, worauf nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Gneist, v. d. Heydt, v. Seydlitz, Stavenhagen, Waldeck und nach kurzen Ausführungen des Referenten, das Unter-Amendement des Abg. v. Seydlitz, darauf gerichtet, daß bis zum Erlaß eines Gensd'armerie-Gesetzes die erledigten Brigadierstellen nicht besetzt werden, angenommen wird, der Antrag Gneist verworfen, die Gehälter der vier neuen Brigadiers gestrichen.

Straf-Gefangenen- und Besserungs-Anstalten. Die Commission stellt den Antrag: „Das Haus wolle beschließen, die Vollstreckung der Zuchthausstrafen in der Form der Einzelnhaft ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie durch ein Gesetz geregelt wird."

Referent bekämpft die Ansicht der Regierung, daß die Einzelnhaft nur eine Modalität der im §. 11 des Strafgesetzbuches definirten Zuchthausstrafe ist.

Der Reg.-Comm.: Die Erfahrung lehrt, daß z. B. in Köln in der Strafanstalt die in Zellen detinirten 567 Gefangenen sich in dem Fragebogen günstig für die Einzelnhaft ausgesprochen haben. Die Einzelnhaft ist nicht eine Verschärfung, sondern nur eine Modalität der Zuchthausstrafe.

Abg. Dr. John (Labiau): Im Moabiter Gefängnisse sind 385 Zellen belegt. Bedarf es nun hier einer gesetzlichen Regelung, so wird seit 1857 eine Strafe in Preußen vollstreckt, die in keinem preußischen Gesetzbuche steht, die kein Richter erkannt hat. Nach § 11 des Strafgesetzbuches ist die gemeinschaftliche Haft gestattet. Gemeinschaftliche Haft ist etwas anderes als Einzelnhaft; nach der Interpretatiou der Regierung könnte man auch die Deportation als Modalität der Zuchthausstrafe einführen. Mit dem Fragebogen hat es nicht viel auf sich; die Sträflinge in Köln stehen nach Verbüßung ihrer Strafe unter polizeilicher Aufsicht und damit erklärt sich Alles. Wäre aber auch die Einzelnhaft nicht eine schwerere Strafe, so hat doch die Regierung nicht das Recht, Strafmittel anzuwenden, auf welche der Richter nicht erkannt hat. Der Gegenstand, um den es sich hier handelt, hat erhebliche Dimensionen angenommen; die Bevölkerung der preußischen Zuchthäuser beträgt jährlich ca. 20,000 Sträflinge, welche eine Ausgabe von mehr als 3 Millionen verursachen, d. h. 167 Thlr. etwa pro Person und im Jahre. Was sollen wir mit dem Zellengefängniß Moabit auf die Dauer anfangen? Die dortigen 500 Zellen kosten jetzt schon eine halbe Million und das System der reinen Einzelnhaft ist ein vollkommen überwundenes; das irische System ist bei Weitem vorzuziehen. Das Zellengefängniß zu Moabit ist weiter nichts als eine Privat-Klinik des Dr. Wichern, der ein principieller Gegner des irischen Systems ist und es bleiben wird.

Der Reg.-Comm.: Das Einzelnhaftsystem ist keineswegs ein überwundener Standpunkt; die Regierung wartet in Betreff des irischen Systems ab, ob es sich auf die Dauer bewährt und behält dieses System im Auge. Die Herrichtungen solcher Anstalten sind kostspielig.

Abg. John (Labiau): Nirgends hat das irische System mehr Gegner gehabt als in England und doch wird dasselbe jetzt in England eingeführt. Die Discussion ist geschlossen; der Antrag der Commission wird angenommen.

Die extraordinairen Ausgaben werden gebilligt und das Haus wendet sich zum Schluß des Berichtes, die Leitartikel in den Amtsblättern betreffend. Ein Antrag der Abgg. Dr. Gneist, Overweg und Genossen, darauf gerichtet, daß die Regierung den Mißbrauch, die Amtsblätter zur Verbreitung politischer Pamphlete zu benutzen einstelle.

Abg. Reichensperger: Ich kenne nur einen einzigen zuverlässigen Weg in dieser Frage: Stellen Sie einen Strafantrag, provociren Sie einen Ausspruch der Richter. Thun Sie das nicht, so zeigen Sie damit, daß Sie mit dem Redner am 20. Mai die Berufung auf preußische Gerichte für einen überwundenen Standpunkt ansehen. (Redner geht auf die Twesten'sche Rede ein, wird mehrmals durch die Rufe: zur Sache! unterbrochen und zeigt endlich heftigen Tones, wie es ungerecht sei, einem Mitgliede der Minorität das Wort so zu verkürzen.) Der Bruch liegt nicht vor uns, sondern hinter uns; der Bruch liegt in dem verlorenen Vertrauen zu der preußischen Justiz.

Abg. Richter: Der abgedruckte Artikel war unser Reisegefährte zu Ostern. Wir mögen arbeiten wie wir wollen, wir werden immer getadelt und solche Censuren haben keine zu große Bedeutung. In anderen Artikeln geht es auch auf die Kirchenbeamten los. Die Regierung hält sich für befugt, die Amtsblätter zur Belehrung zu benutzen, welches ist der Inhalt dieser Lehre? Der Minister des Innern hat selbst erklärt, er wolle Anstand in der Presse; was soll man da zu dem Artikel „Verfassungstreue" überschrieben sagen? Discutirt man überhaupt schon über Verfassungstreue, so ist sicher etwas faul. Bedenklich, ja auch unsittlich sind Theorien, die darauf hinausgehen, dem Könige Fälle als möglich hinzustellen, die ihn dazu bewegen könnten, die Verfassung nicht mehr zu halten. — In einem anderen Artikel wird ausgesprochen, das Haus der Abgeordneten habe seine Rechte überschritten, während doch hier im Hause ein Minister ausdrücklich erklärt hat, das Haus habe das Recht zu streichen, es habe nur 1862 einen unweisen Gebrauch von diesem Rechte gemacht. Der Minister des Innern wird hoffentlich erklären, daß er sich in seinem Artikel geirrt hat. Noch schlimmer, sophister und unwahrer sind die Verhältnisse in einem dritten Artikel zusammengestellt. Hier wird behauptet, das Ausgaberecht des Hauses sei unangetastet geblieben, und doch sind Millionen verausgabt worden, ohne die Erlaubniß des Hauses. Das ist die schlechteste Art von Presse, eine Presse ohne Wahrheit und Gottesfurcht.

Abg. Dr. Becker: Auf mich hat die Amtsblattpublicistik komisch, erheiternd gewirkt; diese Publicistik hat etwas ganz Neues eingeführt. Dank dem jetzigen Ministerium, das sich persönlich an den Leser wendet, dessen unmittelbare Kritik herausfordernd. (Graf Itzenplitz ist eingetreten.) Eine solche Provocation kann sehr gefährlich für die Regierung werden. Der Fortschrittspartei hat früher die Weisheit der Regierung großen Vorschub geleistet. — Die Loyalitäts-Deputationen waren der Vorschub. Und wenn heute der Vorgänge in Stettin und Köln Erwähnung gethan worden, so steht das vielleicht mit dem Loyalitätssystem in Verbindung. Die jetzige Art von Belehrung ist gesetzwidrig. Und wenn Herr v. Blankenburg gesagt hat, die Stadtverordneten in Köln seien zuletzt in's Mauseloch gekrochen, so mag es sein, daß sie als Stadtverordnete in Vertretung der Interessen Anderer anders aufgetreten sind, wie als Privatleute. Dann könnte man aber auch sagen, Herr von Kleist-Retzow sei in's Mauseloch gekrochen, weil er 500 Thlr., die er zur Errichtung des Standbildes gezeichnet, nicht gezahlt hat mit der Erklärung, er habe diese Summe als Ober-Präsident gezeichnet, sei jetzt aber Privatmann und zur Zahlung nicht verpflichtet. (Heiterkeit.)

Abg. Laßwitz vertheidigt den abwesenden Abg. Twesten und kritisirt den mehrerwähnten Artikel, in dem sich die ärgste höhere geistige Polizeiwirthschaft documentirt und welcher darauf gerichtet ist, das ganze Volk zu corrumpiren. Heißt das nicht vom Volke verlangen, es solle sich selbst in's Gesicht schlagen, da es uns doch gewählt hat.

Abg. Dr. Möller: Der Minister des Innern hat heute gesagt: er thut Alles, damit in seinem Ministerium nicht nur gut, sondern auch sauber gearbeitet werde. Nun: — der in Rede stehende Artikel ist ein sauberes Stück Arbeit. Der Behauptung, die Fortschrittspartei versage die Mittel auch für die wünschenswertheften Anlagen, steht der Staatsministerialbeschluß vom 12. Januar 1864, steht No. 3 der Resolutionen im Generalbericht gegenüber. Diese wie die späteren Geldbewilligungen sind dem Minister bekannt gewesen und doch hat er den Artikel veröffentlicht. Hier ist die öffentliche Verleumdung; aber wir verzichten unter den jetzigen Umständen auf einen Strafantrag.

Der Minister des Innern: Amtliche Artikel müssen mit Vorsicht redigirt sein; wo gegen die Form gefehlt worden ist, habe ich Remedur anempfohlen und mit der Zeit werden diese Artikel den Charakter, den ich ihnen gegeben wissen will, erhalten. — Die Regierung hat die Pflicht, das Volk zu belehren, wie Sie hier das Volk belehren wollen. Was Sie aber hier predigen, sind Irrlehren und die Minister können nicht unter dem Vorwurfe vor dem Lande bleiben, wir beginnen einen Verfassungsbruch, ein Vorwurf, der uns doch häufig gemacht wird. Wollten wir schweigen, so begingen wir einen Selbstmord. — Am Rheine ist König wie Königthum brillant empfangen worden. Soll es ungestraft sein, wenn die Corruption der Gerichte proclamirt wird? Nein; ich muß es dem Lande sagen, daß dies nicht der Fall ist.

Abg. Immermann: Die Maßnahme der Regierung ist die perfideste, die nur vorgenommen werden kann. Formell ist die Regierung nicht berechtigt, solche Artikel in dem amtlichen Theile zu veröffentlichen, höchstens gegen Bezahlung der Insertionskosten in dem öffentlichen Anzeiger; der Gesetzgeber hat gewiß nicht unter Belehrung Angriffe gegen das Abgeordnetenhaus, gegen den Gesetzgeber verstanden. — Die Discussion ist geschlossen.

Abg. Gneist motivirt resp. vertheidigt seinen Antrag. Es ist ein schreiender Widerspruch, wenn in einem Blatte zuerst ein Gesetz publicirt wird, und gleich hinterdrein gegen einen der gesetzgebenden Factoren die Regierung polemisirt; das wäre eben so, als wenn der Minister des Innern gegen die Verwaltung des Kriegsministers polemisiren wollte. Solche napoleonische Institutionen soll man ja nicht nachahmen. — Die Artikel haben noch bei dem einfachen Manne Einfluß; aber dieser einfache Mann kann der erbittertste Gegner jeder Obrigkeit werden, wenn er endlich einsieht, daß er getäuscht worden ist. — Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Twesten wendet sich zuerst gegen den Abg. Reichensperger, welcher ihm vorgeworfen, daß er Behauptungen aufgestellt, ohne dieselben bewiesen zu haben. Dies sei jedoch nur in einem Punkte wahr. In Betreff des Herrn Michaelis habe er sich allerdings geirrt, als er gesagt, derselbe sei Referent gewesen, dies rühre jedoch davon her, daß er falsch berichtet worden wäre. Die Thatsache an und für sich aber bleibe stehen. — Wenn ihm ferner gesagt worden sei, daß er am 20. in herber und bitterer Weise gesprochen habe, so komme dies daher, daß es schwer sei, gegen ungemäßigte Mißbräuche mäßig zu bleiben.

Abg. Jung: Ich protestire als Kölner gegen die Verunglimpfung meiner Vaterstadt Seitens des Herrn Ministers des Innern. Derselbe hat geäußert, Köln habe an dem allgemeinen großen politischem Kampfe nachgelassen. Der Minister habe in Köln nicht den Kern der Bürgerschaft gesehen; es sei sehr leicht, ein paar hundert Menschen zusammen zu trommeln und sie zu einer künstlerischen Begeisterung zu erregen.

Redner wird vom Präsidenten unterbrochen, weil dies keine persönliche Bemerkung.

Es nehmen hierauf noch das Wort zu einer persönlichen Bemerkung die Abgeordneten v. Blanckenburg und Dr. Becker (Dortmund).

Hierauf wird zur Abstimmung über den Gneist'schen Antrag geschritten und es wird derselbe mit großer Majorität angenommen. Dagegen die Conservativen, Reichensperger und einige Clericale.

Es erhält darauf das Wort der Handelsminister Graf Itzenplitz: Von den verschiedenen Handelsverträgen, über die wir mit anderen Staaten unterhandeln, ist wieder einer fertig geworden und ich habe die Ehre, den Handelsvertrag mit Belgien dem hohen Hause zu überreichen. — Derselbe wird der Commission für Handel nnd Gewerbe überwiesen.

Schluß. — Nächste Sitzung Montag.

Berlin, 27. Mai.

— Der Staatsminister a. D. v. Flottwell ist vorgestern Abend hier im 79sten Lebensjahre gestorben. Er war zuletzt Oberpräsident von Brandenburg, früher auch von Posen und Westfalen, vor 1848 Finanzminister, 1858 Minister des Innern. Vor etwa 3 Jahren hatte er seinen Abschied genommen, nachdem er schon mehrere Jahre vorher sein funfzigjähriges Dienstjubiläum gefeiert. — Se Maj. der König begab sich heut Nachmittags 7 Uhr in das Sterbehaus des Staatsministers a. D. v. Flottwell, wohnte hier der Trauerfeierlichkeit bei und fuhr Abends nach Schloß Babelsberg.

— In der heutigen Sitzung des Herrenhauses brachten v. Below und Genossen in Folge der letzten Vorgänge im Abgeordnetenhause folgenden Antrag ein: Das Haus wollte die Staatsregierung ersuchen, auf dem Wege der Gesetzgebung Vorsorge zu treffen, damit durch Deklaration des Art. 84 der Verfassungsurkunde künftig auch für die Vorgänge innerhalb des Landtages die Geltung von Recht und Gesetz aufrecht erhalten werde.

— Die „Zeidlersche Correspondenz" schreibt: In den Elbherzogthümern steht ein Wechsel im Generalkommando bevor. Mit den schleswig-holsteinischen Provinzialständen wird nur die Art der Zusammensetzung der künftigen Volksvertretung verhandelt werden. Die Vorlagen, welche den letzteren zugehen würden, beziehen sich auf die brandenburgischen, oldenburgischen und augustenburgischen Erbrechte, auf die Stellung der Herzogthümer zu Preußen und auf die Eventualität einer Theilung der Herzogthümer.

— Das hiesige Wolff'sche Telegraphen-Bureau ist, der „B. B. Z." zufolge, soeben in den Besitz einer Commandit-Gesellschaft auf Actien, welche nach den beiden verantwortlichen Commanditairen (Kaufmann T. Wimmel und Commissionsrath Wentzel) die Firma Wimmel u. Wentzel führen wird, übergegangen. Der bisherige Besitzer, Dr. Wolff, bleibt für jetzt noch bei dem Bureau als Director thätig und der Banquier C. D. v. Oppenfeld hat den Vorsitz des Verwaltungsrathes übernommen.

Stettin, 27. Mai. Der König tritt, wie vorläufig bestimmt worden ist, am 8. Juni die Reise nach Pommern an und wird etwa 4 Tage in unserer Provinz bleiben. (Oder-Ztg.)

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 29. Mai.

§§ Se. Königl. Hoheit Admiral Prinz Adalbert von Preußen ist heute Vormittag in Begleitung Seines Adjutanten, Capitain-Lieut. Grafen Monts, hier eingetroffen und im „Englischen Hause" abgestiegen, um Sr. Maj. Briggs Musquito und Rover nach der Reise zu mustern und wegen Abnahme des Widderschiffs Cheops zu entscheiden.

†† Wie Theaterblätter melden, wird Herr Director Emil Fischer von hier im Dezember d. J. auf der Bühne des Theaters zu Gothenburg Gastrollen geben. —

†† In der nächsten Woche wird der Director des Stadt-Theaters Herr L'Arronge, welcher gegenwärtig in Königsberg mit großem Erfolge Gastrollen giebt, hier zum Besuch eintreffen. Es ist möglich, daß er auch hier sich zu einem kurzen Gastspiel bereit finden läßt.

§§ Bei der heutigen Ziehung der Ausstellungs-Lotterie des Gartenbau-Vereins, zu welcher im Ganzen 1842 Loose verkauft wurden, haben folgende Nro. gewonnen: 4. 6. 36. 60. 82. 90. 94. 97. — 119. 31. 36. 78. 82. 87. — 202. 14. 36. 42. 59. — 318. 21. 29. 37. 56. 74. 76. 91. 92. 99. — 431. 37. 41. 92. 93. 98. — 503. 4. 18. 41. 44. 45. 50. 74. — 601. 2. 8. 9. 11. 15. 33. 69. 72. 91. — 706. 12. 18. 45. 49. 51. 52. 71. 85. 92. — 813. 53. 59. 68. 83. 84. 88. — 902. 27. 34. 44. 55. 68. 70. 79. 87. 92. — 1011. 20. 21. 34. 40. 96. — 1105. 8. 17. 29. 40. 57. 84. 86. 87. — 1207. 15. 29. 35. 53. 70. 71. 95. 99. — 1315. 24. 49. 55. 56. 68. 95. 97. — 1401. 4. 13. 21. 25. 35. 44. — 1503. 11. 28. 36. 37. 64. 89. 93. — 1607. 78. 87. 91. — 1700. 25. 27. 30. 32. — 1813. 35. 44. 47. 77. 96. — 2005. 23. 31. 43. 61. 79. 81. 94.

†† Für den am nächsten Sonnabend nach Berlin gehenden Extrazug der Königl. Ostbahn entwickelt sich in hiesiger Stadt eine rege Theilnahme.

†† In der heutigen Sitzung des Handwerker-Vereins wird Herr Brischke einen Vortrag über das Verhältniß des Menschen zu den Thieren halten.

†† Die hiesige Militair-Schwimm-Anstalt wird am nächsten Donnerstag für das Civil eröffnet werden.

+ Gestern war Neufahrwasser recht besucht, da das Widderschiff Cheops zu sehen Viele hierzu veranlaßt hatte und außerdem die bereits eröffnete Bade-Anstalt auf der Westerplatte das beste Mittel darbot, um bei der enormen Hitze sich Abkühlung zu verschaffen.

†† Der starke Regen, welcher am vorigen Freitag auf der Danziger Höhe sich fast wolkenbruchartig ergossen, hat namentlich in Bölkau großen Schaden angerichtet.

Victoria-Theater.

Am vorigen Sonnabend fand im Victoria-Theater eine Doppel-Vorstellung statt, bei welcher drei Stücke gegeben wurden: „Das Versprechen hinter'm Heerde", „Er ist nicht eifersüchtig" und „Münchhausen". — Das erstgenannte, eine ländliche Scene mit Gesang in einem Act aus den österreichischen Alpen, hat allerdings keinen scharf ausgeprägten dramatischen Character; dennoch hat es sich nun schon seit Jahren auf dem Repertoir großer und kleiner Bühnen mit Glück erhalten und wird immer noch gern gespielt und gern gesehen. Dies war auch bei seiner vorgestrigen Darstellung im Victoria-Theater in der erfreulichsten Weise der Fall. Die Rolle der Nand'l wurde von der neu engagirten Soubrette Frl. Wolter recht munter, gefällig und mit feinem künstlerischem Gefühl, überhaupt recht ansprechend gegeben. Den Lois'l spielte Herr Hermes und den Wirth Quantner Herr Glabisch mit gutem Erfolge. Der Stritzow des Herrn Schmechel war von sehr erheiternder Wirkung. In dem Lustspiel: „Er ist nicht eifersüchtig" trat Frl. Ida Lind als Cäcilie auf. Das Spiel der Künstlerin, welcher aus ihren früheren Engagements ein sehr empfehlender Ruf vorangegangen war, interessirte durch Routine und edlen Anstand auf das Lebhafteste. Wir hoffen, sie nächstens in einer größeren Rolle zu sehen. Herr v. Hirsch spielte den Rentier Baumann äußerst sauber und correct, aber auch mit Verve. Seine Leistung bewies, daß er den gehörigen Künstlerernst besitzt und es wohl verstanden hat, sich die rechten Muster für sein Studium zu wählen. Eine gleiche Anerkennung dürfen wir Herrn Strentz aussprechen, der den Arzt Hohendorf spielte. — Die Darstellung der Gesangsposse „Münchhausen", welche folgte, erwarb den lebhaftesten Beifall des Publicums. Herr Schmechel excellirte in der Rolle des Fremden, wie denn auch die Damen Frl. Mühlberg (Laura), Frau Harwardt (Madame Grunewald), Frl. Bernhardt (Louise), Frl. R. Le Seur (Signora Cramboline), wie die Herren Bartsch, Hasemann u. A. für den guten Erfolg ihre Kräfte mit lobenswerthem Fleiß einsetzten. — Der zum Schluß der Vorstellung von den Damen Frl. Elise Küster und Frl. Laura Gerlach ausgeführte Tanz fand wiederum rauschenden Beifall.

Ansprache des Königs Friedrich Wilhelm III. an die Einwohner der mit der preußischen Monarchie vereinigten Rheinländer,

erlassen am 15. Mai 1815.

Als Ich dem einmüthigen Beschlusse der zum Congreß versammelten Mächte, durch welchen ein großer Theil der deutschen Provinzen des linken Rheinufers Meinen Staaten einverleibt wird, Meine Zustimmung gab, ließ Ich die gefahrvolle Lage dieser Grenzlande des deutschen Reiches und die schwere Pflicht ihrer Vertheidigung nicht unerwogen. Aber die höhere Rücksicht auf das gesammte deutsche Vaterland entschied Meinen Entschluß. Diese deutschen Urländer müssen mit Deutschland vereinigt bleiben; sie können nicht einem andern Reiche angehören, dem sie durch Sprache, durch Sitten, durch Gewohnheiten, durch Gesetze fremd sind. Sie sind die Vormauer der Freiheit und Unabhängigkeit Deutschlands; und Preußen, dessen Selbständigkeit seit ihrem Verluste hart bedroht war, hat eben so sehr die Pflicht als den ehrenvollen Anspruch erworben, sie zu beschützen und für sie zu wachen. Dieses erwog Ich, und auch, daß Ich Meinen Völkern ein treues, männliches, deutsches Volk verbrüdere, welches alle Gefahren freudig mit ihnen theilen wird, um seine Freiheit, so wie sie und mit ihnen, in entscheidenden Tagen zu behaupten. So habe ich denn, im Vertrauen auf Gott und auf die Treue und den Muth Meines Volkes, diese Rheinländer in Besitz genommen und mit der preußischen Krone vereinigt. — Und so, Ihr Einwohner dieser Länder, trete Ich jetzt mit Vertrauen unter Euch, gebe Euch Eurem deutschen Vaterlande, einem alten deutschen Fürstenstamme wieder, und nenne Euch Preußen! — Kommt Mir mit redlicher, treuer und beharrlicher Anhänglichkeit entgegen. — Ihr werdet gerechten uud milden Gesetzen gehorchen. Eure Religion, das Heiligste, was dem Menschen angehört, werde Ich ehren und schützen. Ihre Diener werde Ich auch in ihrer äußeren Lage zu verbessern suchen, damit sie die Würde ihres Amtes behaupten. — Ich werde die Anstalten des öffentlichen Unterrichts für Eure Kinder herstellen, die unter den Bedrückungen der vorigen Regierung so sehr vernachlässigt wurden. Ich werde einen bischöflichen Sitz, eine Universität und Bildungs-Anstalten für Eure Geistlichen und Lehrer unter Euch errichten. — Ich weiß, welche Opfer und Anstrengungen der fortgedauerte Kriegszustand Euch gekostet. Die Verhältnisse der Zeit gestatteten nicht, sie noch mehr zu mildern, als geschehen ist; aber Ihr müsset es nicht vergessen, daß der größte Theil dieser Lasten noch aus der früheren Verbindung mit Frankreich hervorging, daß die Loßreißung von Frankreich nicht ohne die unvermeidlichen Beschwerden und Unfälle des Krieges erfolgen konnte, und daß sie nothwendig war, wenn Ihr Euch und Eure Kinder in Sprache, Sitten und Gesinnungen deutsch erhalten wolltet. — Ich werde durch eine regelmäßige Verwaltung des Landes den Gewerbefleiß Eurer Städte und Dörfer erhalten und beleben. Die veränderten Verhältnisse werden einem Theile Eurer Fabrikate den bisherigen Absatz entziehen; Ich werde, wenn der Friede vollkommen hergestellt sein wird, neue Quellen für ihn zu eröffnen bemüht sein.

Ich werde Euch nicht durch die öffentlichen Abgaben bedrücken. Die Steuern sollen mit Eurer Zuziehung regulirt und festgestellt werden nach einem allgemeinen, auch für Meine übrigen Staaten zu entwerfenden Plane. — Die Militär-Verfassung wird, wie in Meiner ganzen Monarchie, nur auf die Vertheidigung des Vaterlandes gerichtet sein, und durch die Organisation einer angemessenen Landwehr werde Ich in Friedenszeiten dem Lande die Kosten der Unterhaltung eines größeren stehenden Heeres ersparen. Im Kriege muß zu den Waffen greifen, wer es zu tragen fähig ist. — Ich darf Euch hierzu nicht aufrufen. Jeder von Euch kennt seine Pflicht für das Vaterland und für die Ehre. — Der Krieg droht Euren Grenzen. Um ihn zu entfernen, werde ich allerdings augenblickliche Anstrengungen von Euch fordern. Ich werde einen Theil Meines stehenden Heeres aus Eurer Mitte wählen, die Landwehr aufbieten und den Landsturm einrichten lassen, wenn die Nähe der Gefahr es erfordern sollte. — Aber gemeinschaftlich mit Meinem tapferen Heere, mit Meinen anderen Völkern vereinigt, werdet Ihr den Feind Eures Vaterlandes besiegen und Theil nehmen an dem Ruhme, die Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Reiches auf lange Jahrhunderte dauernd gegründet zu haben.

Wien, 5. April 1815. Friedrich Wilhelm.

Vermischtes.

*** Berlin. Der „Publ." schreibt: Der Gewitter-Regen am Abend des Himmelfahrtstages hat in der Stadt und deren Umgegend große Verheerungen angerichtet. Ganz besonders ist der neue Stadttheil vor dem Rosenthaler Thore heimgesucht worden. Es ist eine Thatsache, daß in einem bewohnten Keller der Invalidenstraße ein in einem an der Decke hängenden Bauer befindlicher Kanarienvogel ertrunken ist. Ein Victualienhändler hat nur mit Mühe zwei seiner Kinder in seiner Kellerwohnung in der Invalidenstraße vom Tode des Ertrinkens gerettet. Die Wiegen, in welchen die Kinder lagen, wurden vom Wasser hochgehoben und umgestürzt. Von den Abhängen hinter dem Wollankschen Weinberge wurden ganze Stücke Landes weggespült. Einige Eigenthümer eilten nach dem Polizeibureau, um durch die Feuerwehr Hilfe gegen die Ueberschwemmungen herbeischaffen zu lassen. Während die Blitze zuckten, und es währte dies $1\frac{1}{2}$ Stunden, war der Telegraph unbrauchbar. Die Leipzigerstraße, die Friedrichsstraße und die Stallschreiberstraße glichen Seen, und die Droschken kamen 3—4" tief ins Wasser. Daß Rinnsteinbohlen und dergl. umherschwammen, ist eine alte Erfahrung und neu war es auch nicht, die Damen durch die Straßen tragen zu sehen. Es fehlte an Fuhrwerk. Die Droschkenkutscher haben von den Bahnhöfen aus gute Geschäfte gemacht.

Meteorologische Beobachtungen.

28	12	337,25	+ 20,9	SSW.	frisch, hell	u. wolkig.
29	8	337,11	15,4	WNW.	do.	do.
	12	336,91	19,0	W.	do.	do.

Handel und Gewerbe.

Danzig, Sonnabend 27. Mai. Wetter und Erndteaussichten gestalten sich in England günstig, und stärker werdende Zufuhren drücken die Marktpreise. Besonders flau lautet die jüngste Depesche. Obwohl es nun an Verkäufen für Danziger Rechnung nicht ganz fehlt, zeigte sich doch an unserer Kornbörse für Weizen eine starke Verstimmung und bei einem Umsatz von 1500 Lasten ist der Preisfall in d. W. heute auf fl. 15 bis 20 pro Last zu veranschlagen. Alter 130.33pfd. Weizen schloß gestern auf 77 bis 84 Sgr. pro Scheffel; frischer hochbunter 130.32pfd. auf 72 bis 75 Sgr.; hellbunter 126.29pfd. auf $66\frac{2}{3}$ bis 68.70 Sgr.; gutbunter 124.27pfd. auf 61 bis 65 Sgr.; ordinairer 116.22pfd. auf 50 bis 57 Sgr., Alles auf 85 Zollpfd. — Der Werth von polnischem Roggen erhielt sich durch den Umsatz von 600 Lasten. Je nach Beschaffenheit und noch mehr oder minder stark bei der großen Hitze hervortretendem Geruch ist 118 bis 124pfd. zu 38.$39\frac{1}{2}$.40.41 Sgr. zu notiren. Preußischer ist ziemlich knapp und vorige Preise werden von Konsumenten willig bezahlt. 118.22pfd. 40 bis 42 Sgr., 123 bis 125pfd. $42\frac{2}{3}$.43 Sgr., 127.28pfd. $43\frac{1}{2}$.44 Sgr., Alles auf $81\frac{5}{6}$ Zollpfd. — Von Erbsen ist nicht viel zu haben, obwohl höhere Preise bewilligt werden: 56 bis 58 Sgr. und für beste 60 Sgr., Alles auf 90 Zollpfd. — Auf Gerste hat sich der Begehr verloren und ungeachtet sehr kleiner Zufuhr waren letzte Preise nicht zu machen. Kleine 108.112pfd. 29 bis 31 Sgr., große 115.18pfd. 33 bis 35 Sgr. pro Scheffel. — Spiritus wurde bei der kleinen Zufuhr von 170 Tonnen mit $14\frac{1}{4}$.$\frac{1}{3}$.$\frac{3}{8}$ Thlr. pro 8000 bezahlt. — Wir hatten in d. W. eine Hitze von 17 bis 21° R. bei großer Windstille, wodurch die Ausdörrung des Landes etwas gemäßigt wird. Im Sunde liegen 300 Segelschiffe, wovon ein großer Theil nach Danzig bestimmt, wegen Windstille fest. Ein eben von London eingetroffener Dampfer fand die See kaum leicht gekräuselt. Wahrscheinlich wird für jene Schiffe Ladung besorgt werden sollen, und dadurch dürfte an unserm Kornmarkt Bewegung wohl erhalten werden, allein der Fortbestand der bisherigen Weizenpreise erscheint bei jetziger Konjunktur sehr zweifelhaft.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 27. Mai:

Wiggens, Dampff. Tasso, v. Grangemouth, m. Eisen. Schultz, Anna Maria, v. Copenhagen, m. alt Eisen. Trattles, Santjago, v. Middelsbro'; de Vries, Catharine, v. Newcastle; u. Henderson, Brasso Marray, v. Hull, m. Kohlen. Hendrichs, Dampff. Rembrandt, v. Pillau, m. Lumpen. Schmidt, Admiral, v. Hartlepool, m. Gütern. Ferner 6 Schiffe m. Ballast.

Gesegelt:

Preuß, Dampff. Emilie, n. Hull, m. Getreide.

Angekommen am 28. Mai:

Pahlow, Laura, v. Hartlepool, m. Kohlen. Range, Australia, v. Rendsburg, m. alt Eisen. — Ferner 8 Schiffe m. Ballast.

Gesegelt: 14 Schiffe m. Holz u. 8 Schiffe m. Getreide.

Angekommen am 29. Mai.

Spieler, Catharine Auguste, v. Kiel, m. altes Eisen. Zuidema, Dampff. Rubbens, v. Amsterdam, m. Gütern. Ferner 2 Schiffe mit Ballast.

Ankommend: 10 Schiffe. Wind: West.

Thorn passirt und nach Danzig bestimmt vom 23. bis incl. 26. Mai.

1512 Last Weizen, 348 Last Roggen, 17 Scheffel Erbsen, 817 eich. Balken, 4438 ficht. Balken u. Rundholz, 109 Last Faßholz und Bohlen.

Wasserstand 3 Fuß 6 Zoll.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 29. Mai.

Weizen, 440 Last, 128, 129pfd. fl. $402\frac{1}{2}$; 127.28pfd. fl. $387\frac{1}{2}$, 390 pr. 85pfd.

Weiße Erbsen fl. 320, 330, 345, 350 pr. 90pfd.

Kleine grüne Erbsen fl. 315 pr. 90pfd.

Angekommene Fremde.

Englisches Haus:

Prem.-Lieut. a. D. u. Rittergutsbes. v. Berg nebst Gem. a. Markienen in Ostpreußen. Prem.-Lieut. im Magdeb. Drag.-Reg. Nro. 6 Schmidt v. Altenstadt aus Berlin. Die Kaufl. Abresch u. Gebhardt a. Mainz, Gehring a. Königsberg, Kettembeil a. Leipzig, Bangemann, Engel u. Ephraim a. Berlin, Steincken a. Memel, Metzenthien a. Brandenburg u. Erkes a. Frankfurt. Professorin Lövis a. Wien. Großherzogl. Hofschauspielerin Fräul. Ernst nebst Mutter a. Carlsruhe.

Hotel de Berlin:

Die Kaufl. Krauß, Bohl, Michaelis u. Simonsohn a. Berlin, Eisenhauer a. Stettin, Mersbach u. Schmindt a. Barmen. Zoch a. Lauenburg u. Seis a. Neuß a. R.

Walter's Hotel:

Rittergutsbes. Schwendig u. Frau Gem. a. Klein Golmkau. Die Gutsbes. Kurtius n. Fam. a. Altjahn u. Pieske a. Mirotiken. Mühlenbes. Pieske u. Familie a. Pr. Stargardt. Die Kaufl. Naumann a. Plauen, Schade u. Frau Gem. a. Braunschweig, Fischer a. Berlin.

Hotel zum Kronprinzen:

Die Gutbes. Probl, a. Wossitz, Goltz a. Thorn, Burandt u. Fam. a. Ornassau u. Frau Wahrendorff a. Dirschau. Die Kaufl. Gottheil, Segall, Saling und Ebenstein a. Berlin, Meier a. Aschelsleben, Schallich a. Pforzheim, Tobias a. Leipzig, Klarner a. Erfurt, Erlanger a. Wiesbaden, Klostermann a. Potsdam, Desbarats a. Blankenburg a. Th., Rüdener a. Delitsch u. Bringmann a. Glauchau. Major Janke a. Graudenz. Rittergutsbes. Raschke a. Rubinkowo. Baumeister Buschinski aus Carthaus. Inspector Seiffert a. Berlin. Rentier Witt a. Thorn. Die Administratoren Gust a. Lubahn und Müller a. Kl. Jablau.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:

Die Kaufl. Matzler a. Berlin u. Blum a. Stettin. Die Gutsbes. Stoll a. Elbing u. Frey a. Thorn.

Hotel d'Oliva

Rittergutsbes. Berginski a. Smellowo. Amtmann Wilke a. Pohlehofken. Die Kaufl. Fischer a. Berlin, Westphal a. Stolp, Jacobsthal a. Stettin u. Neubauer a. Frankfurt a. O. Fabrikant Reinert a. Königsberg. Dr. theol. Simon aus Berlin. Cand. theol. Busch a. Greifswald.

Hotel de Thorn:

Die Kaufl. de Bruger a. Brüssel, Heilborn a. Posen, Köster a. Königsberg, Lietzmann a. Berlin, Fröhlich aus Breslau u. Lange a. Stettin. Geh. Reg.-Rath Olshausen a. Berlin. Apotheker Scharf a. Dirschau. Seekadetten Jeschke u. v. Glöden von Sr. Maj. Schiff „Niobe". Agent Wettig a. Leipzig. Die Gutsbes. Gräfe a. Bromberg u. Krüger a. Greifswald. Prm.-Lt. v. Gootkowski aus Königsberg.

Deutsches Haus:

Die Kaufl. Rosenthal a. Schwetz u. Malsch a. Ruhla. Stabs-Arzt Kuntze aus Danzig. Regierungs-Geometer Clotten a. Carthaus.

Für den „Verein zur Rettung Schiffbrüchiger" sind ferner eingegangen:

Von Herrn C. Apreck 3 Rt. und 1 Rt. jährlich. W. Wienand 4 Rt. u. 1 Rt. A. Ulrich 5 Rt. u. 1 Rt. Capt. C. D. Duschke 5 Rt. u. 1 Rt. A. Stiddig 5 Rt. u. 1 Rt. R. Damme 25 Rt. u. 2 Rt. Lieut. z. See Jung 5 Rt. u. 6 Rt. Lt. z. S. Lembsch 5 Rt. u. 12 Rt. Lt. z. S. Hollmann 5 Rt. u. 12 Rt. Lt. z. S. Riemann 10 Rt. u. 5 Rt. Lt. z. S. v. Nostiz 3 Rt. u. 2 Rt. Capt. z. S. Köhler 5 Rt. u. 2 Rt. Capt.-Lieut. Ulfers 5 Rt. u. 12 Rt. Capt.-Lieut. Beyer 5 Rt. u. 4 Rt. Capt.-Lieut. Weickhmann 1 Rt. u. 1 Rt. Seecadett v. Zitzewitz 1 Rt. u. 2 Rt. do. Thomsen 1 Rt. u. 2 Rt. do. Biessing 1 Rt. u. 2 Rt. Corvetten-Capt. Schelle 5 Rt. u. 6 Rt. Dr. Losse 1 Rt. u. 1 Rt. L. Paradier 1 Rt. u. 1 Rt. Redakteur Rickert 10 Rt. u. 1 Rt. C. Albrecht 1 Rt. G. F. Danziger 10 Rt. O. Kämmerer 5 Rt. Pr.-Lieut. Auduard 1 Rt. Marine-Ingenieur Zeising 1 Rt. Marine-Ing. Bauck 1 Rt. Mar.-Ing. Randow 1 Rt. Werft-Rend. Piersig 1 Rt. Intend.-Rend. Hennicke 1 Rt. Lieut. Rostkovius 1 Rt. P. Merten 1 Rt. jährlich.

Bischoff.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.